

Für Menschenrechte. Weltweit.

**Gesellschaft für bedrohte Völker
(GfbV)
Regionalgruppe Münster**
Dr. Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster

Münster, 3. Mai 2019

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

Freude und Trauer wechseln sich oft ab. So trauern wir jetzt um Dr. Ines Köhler-Zülch, Mitbegründerin der Gesellschaft für bedrohte Völker und Ehefrau von Tilman Zülch. Sie starb 77jährig am 24. April 2019 in Göttingen. Ein Nachruf der Menschenrechtlerin und international bekannten Märchenforscherin findet sich unter den Nachrichten und Berichten.

Einladen möchten wir in diesen Tagen zu mehreren Gedenkveranstaltungen. So gilt ein gemeinsames Gedenken und Mahnen den jüngsten Ereignissen in Sri Lanka. Auch in Münster haben die islamistischen Terroranschläge auf Kirchen und Hotels in Colombo (Sri Lanka) Wunden geschlagen und Schrecken und Trauer ausgelöst. Rund dreihundert Menschen starben in Colombo, über 500 wurden teils schwer verletzt. Auch heute werden in Colombo aus Sicherheitsgründen noch alle christlichen Gottesdienste abgesagt. In Münster ist besonders die tamilische Gemeinschaft betroffen. Gemeinsam mit christlichen Eine-Welt-Gruppen und der GfbV haben sie die Initiative zu einer öffentlichen Trauerversammlung ergriffen, die zugleich eine Mahnwache für Frieden, religiöse Toleranz und Versöhnung sein wird. Am Samstag (4.5.2019) von 12 bis 15 Uhr findet diese am Überwasserkirchplatz nahe der Aabrücke zum Dom statt. Wer ein Zeichen der Solidarität mit den Terroropfern setzen möchte, ist herzlich willkommen.

Am Sonntag (5.5.2019, 14 Uhr) findet wieder in Münsters Innenstadt eine große Europa-Kundgebung von Pulse of Europe statt, diesmal auf dem Domplatz. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für ein friedliches und demokratisches Europa, das Populisten und Extremisten die Rote Karte zeigt!

Erinnern werden wir auch mit einer öffentlichen Lesung „Bücher aus dem Feuer“ an die Bücherverbrennungen der Nazis am 10. Mai 1933, die am Freitag nächster Woche (10.5.2019) um 18 Uhr im Kirchenfoyer stattfinden wird. Gleichzeitig werden wir auch auf aktuelle Bedrohung und Verfolgung von Autoren in ausgewählten Staaten aufmerksam machen.

Viele weitere Hinweise, auch solche zu unseren offenen Arbeitstreffen, zudem Berichte aus der Menschenrechtsarbeit, finden sich wieder in diesem Rundbrief.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

PS. Seit einiger Zeit ist **unsere GfbV-Regionalgruppe auch auf Facebook** vertreten. Es hat sich allerdings noch nicht so weit herumgesprochen.

Wer an unseren Aktivitäten interessiert ist, der schaue doch dort mal rein und verlinke. Weiterempfehlungen und Freundschaftsbekundungen werden wohlwollend registriert.

<https://www.facebook.com/GfbV-Regionalgruppe-Münster-land-764367547257325/>

1. Ausgewählte Termine

Öffentliches Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in Sri Lanka

Trauermahnwache

Samstag, 4. Mai 2019, 12 bis 15 Uhr

Überwasserkirchplatz, Ecke Spiegelturm neben der Aabrücke

Auch in Münster haben die islamistischen Terroranschläge auf Kirchen und Hotels in Colombo (Sri Lanka) Wunden geschlagen und Schrecken und Trauer ausgelöst. Besonders die tamilische Gemeinschaft ist betroffen. Gemeinsam mit christlichen Eine-Welt-Gruppen und der GfbV haben sie die Initiative zu einer öffentlichen Trauerversammlung ergriffen, die zugleich eine Mahnwache für Frieden, religiöse Toleranz und Versöhnung sein wird. Wer ein Zeichen der Solidarität mit den Terroropfern setzen möchte, ist herzlich willkommen.

In Kooperation: Tamilischer Kultur- und Sportverein Münster, Deutsch-Tamilischer Sprachentwicklungsverein Münster, Ökumenischer Zusammenschluss der christlichen Eine-Welt-Gruppen, Center for African Culture NRW, Christlich-Islamischer Arbeitskreis, Eine-Welt-Forum Münster, Integrationsrat der Stadt Münster und die Gesellschaft für bedrohte Völker-Regionalgruppe Münster.

„Was immer du wählst, wähl' Europa!"- Kundgebung auf dem Domplatz

Pulse of Europe

Sonntag, 5. Mai 2019, 14 Uhr

Domplatz, Münster

Pulse of Europe

An der rasanten Radikalisierung des politischen Lebens wirkt vieles bedrohlich. Gesellschaften spalten sich, vormals verlässliche politische Strukturen und Bündnisse werden geringgeschätzt und lösen sich gar auf, grundlegende



Wertvorstellungen werden zusehends missachtet. Nationalistische und protektionistische Strömungen vergrößern die globalen Probleme der heutigen Zeit.

Dem muss entgegengetreten werden! Wir brauchen ein vereintes Europa heute mehr denn je. Es geht um nichts Geringeres als die Bewahrung eines Bündnisses zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung von individueller Freiheit und Rechtssicherheit. Nur gemeinsam ist der Einfluss groß genug, um die globalen Herausforderungen zu meistern und die sich verändernde Weltordnung mitzugestalten.

Nach dem Redebeitrag von Ruprecht Polenz wird auch Kajo Schukalla für den Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit sprechen.

Die Präventions- und Interventionslandschaft in Deutschland – Ein Überblick über Maßnahmen und Methoden im Umgang mit islamistischer Radikalisierung

Ringvorlesung "Migration und Bildung"

Dienstag, 7. Mai 2019, 18 Uhr

Schloss, Hörsaal S 10, Schlossplatz 2, Münster

Referent: Julian Waleciak, M. A., FH Münster

Gedenken zum Kriegsende

Kundgebung und Kulturprogramm zum Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus

Mittwoch, 8. Mai 1945, 18 Uhr

Gedenkversammlung am Zwinger, Promenade/ Ecke Kanalstraße, Münster

Wir gedenken des Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945 am Zwinger, in dem noch in den letzten Kriegstagen Menschen exekutiert wurden.

Der 8. Mai 1945 markierte das Ende der Nazi-Diktatur in Deutschland. Der Zweite Weltkrieg hatte drei Kontinente verwüstet: Afrika, Asien und Europa. Das Nazi-Regime und seine Helfer sind verantwortlich für diesen Krieg, dessen Dimension alles Vorherige in den Schatten stellte, sowie die systematische, industrielle Ermordung von 9 Millionen Menschen.

Gegen das Vergessen der Verbrennung von Büchern im Nationalsozialismus

Lesung „verbrannter Texte“.

Mittwoch, 8. Mai 2019, 19 Uhr

Südviertelbüro, Hammerstr. 69, 48153 Münster

Weitere ausgewählte Texte können mitgebracht werden, Bitte um telefonische Absprache unter Tel. 754181. <https://www.suedviertelbuero.de/>

Eintritt frei

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster

Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 9. Mai 2019, 19.30 Uhr

Die Brücke – International Office, Raum 107

Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),

48143 Münster

"Bücher aus dem Feuer"

Lesung in Erinnerung an die Bücherverbrennungen der Nazis am 10. Mai 1933.

Freitag, 10. Mai 2019, 18 Uhr

Kirchenfoyer Münster, Salzstr.1 (Lambertikirchplatz), 48143 Münster,

Einführung und Lesung: Brigitte Thomas und Dr. Kajo Schukalla.

Wir erinnern an die Bücherverbrennungen durch die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933. Auch in Münster brannten die Bücher politisch und rassistisch missliebig gewordener Autoren auf dem heutigen Schlossplatz. Bereits am 6. Mai 1933 wurde ein so genannter Schandpfahl mit angenagelten Schriften auf dem Domplatz errichtet. All dies war nur der Auftakt für Verfolgung und Völkermord.

Gleichzeitig möchten die Veranstalter auch auf aktuelle Bedrohung und Verfolgung von Autoren in ausgewählten Staaten aufmerksam machen.

Bundesweit, auch in Münster, erinnern zum Jahrestag Lesungen an die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933. Dieser „Feldzug gegen den undeutschen Geist in Literatur und Kunst“, wie es seinerzeit hieß, wurde auch in Münster geführt. So wurde bereits am 6. Mai unter Leitung des studentischen „Kampfbundes wider den undeutschen Geist“ auf dem Domplatz ein so genannter „Schandpfahl“ aufgestellt, an den die Schriften demokratischer, liberaler und jüdischer Schriftsteller genagelt wurden. Diese kulturpolitische Barbarei fand nach damaligen Zeitungsberichten ein reges Interesse in der Bürgerschaft. In jenen Tagen bemühten sich die Studierenden auch um eine „Säuberung“ der öffentlichen und privaten Bibliotheken, tatkräftig von Münsters Buchhändlern unterstützt. Am 10. Mai fand die „Aktion wider den undeutschen Geist“ dann ihren Höhepunkt in der Bücherverbrennung auf dem südlichen Teil des Hindenburgplatzes (Neuplatz), dem Landgericht zugewandt. Die Tagespresse berichtete von einem „unübersehbaren Zug“ vom Domplatz über den Prinzipalmarkt zum Neuplatz. Selbst der Straßenbahnverkehr musste während des 25 Minuten dauernden Durchmarsches eingestellt werden.

Und die Bücherverbrennung war nur der Auftakt für Verfolgung, Angriffskrieg und Völkermord.

Heinrich Heine schrieb 1820 zu den Vorgängen 1817 auf der Wartburg den visionären Satz: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen.“

In Münster erinnert seit dem 6. Mai 2009 eine Bodenplatte an den so genannten „Schandpfahl“ und die Bücherverbrennung 1933. Das Mahnmal wurde nach jahrelangen Bemühungen auf Initiative der Gesellschaft für bedrohte Völker gesetzt (siehe Hinweis zum 6. Mai).



Der "Schandpfahl" vom 6. Mai 1933 auf dem Domplatz. Foto: Stadtarchiv Münster, Fotosammlung Nr. 5162

Veranstalter: Gesellschaft für bedrohte Völker und Eine-Welt-Forums Münster
Eintritt frei.

Friedensprojekt Europa ?

Podiumsdiskussion zur Europawahl

Sonntag, 12. Mai 2019, 15.30 Uhr

Pfarrheim St. Martini, Martinikirchhof 11 (Ecke Neubrückenstr./ hinter dem Stadttheater),
48143 Münster

Veranstalter Pax Christi und DFG-VK Münster

Eintritt frei

Gleichberechtigte Bildungsteilhabe von Sinti und Roma im Spannungsfeld von Geschichte, Empirie und institutioneller Praxis

Ringvorlesung "Migration und Bildung"

Dienstag, 14. Mai 2019, 18 Uhr

Schloss, Hörsaal S 10, Schlossplatz 2, Münster

Referentin: Dr. Jane Weiß, Humboldt-Universität zu Berlin

Der Blick in die USA: Die Religionsfreiheit und das First Amendment

Öffentliche Ringvorlesung „Bedingungen der religiösen Moderne. 100 Jahre Religionsverfassungsrecht in Deutschland“

Dienstag, 14. Mai 2019; 18.15 Uhr

Dr. Oliver Lepsius, Münster

Feindselige Zustände?

Wie der Rechtspopulismus unsere Debatten verändert

Donnerstag, 16. Mai, 19 Uhr

Villa ten Hompel. Geschichtsort der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Prof. Dr. Beate Küpper im Gespräch mit dem Mobilen

Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Münster

(mobim)

Die „Mitte“ ist gespalten, der Ton wird rauer und Rote Linien verschieben sich
Diese Deutung aktueller gesellschaftlicher Diskussionen begegnet mobim in vielen
Gesprächen im Münsterland. Sie wird aber auch wissenschaftlich untermauert:
rechtspopulistische Argumentationsmuster und ausgrenzende Haltungen etwa gegen
Minderheiten kommen aus breiten Bevölkerungsteilen.

Beate Küpper wird aktuelle Ergebnisse ihrer Forschungen zu menschenfeindlichen und
rechtspopulistischen Einstellungen vorstellen und dabei auch auf die nun in allen
Landesparlamenten und dem Bundestag vertretene Partei „Alternative für Deutschland“
und ihre WählerInnen eingehen. Im anschließenden Gespräch wird die Beratungsstelle
mobim eine regionale Perspektive aus der Praxis einbringen. Dabei steht die Frage im
Mittelpunkt, wie der erstarkende Rechtspopulismus unsere Debatten verändert – und was
demokratische AkteurInnen nun tun können.

EU, Mercosur, Alleanza del Pacifico und Co
Regionale Zusammenarbeit als Motor gemeinsamer Entwicklung
Donnerstag bis Samstag, 16. - 18. Mai 2019

Do ab 14.30 Uhr

Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

Methoden einer feministischen Koran auslegung am Beispiel konkreter Verse

Ringvorlesung "Migration und Bildung"

Dienstag, 21. Mai 2019, 18 Uhr

Schloss, Hörsaal S 10, Schlossplatz 2, Münster

Referentin: Dr. Dina El Omari, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Gute Sorge, gute Arbeit? Transnationale Migration in der 24h-Pflege

Ringvorlesung "Migration und Bildung"

Dienstag, 28. Mai 2019, 18 Uhr

Schloss, Hörsaal S 10, Schlossplatz 2, Münster

Referentin: Dr. Ewa Palenga-Möllenbeck, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Vom deutschen Sein und migrationshintergründig Werden – Rassismustheoretische Einblicke in das Ausbildungsfeld des Referendariats

Ringvorlesung "Migration und Bildung"

Dienstag, 4. Juni 2019, 18 Uhr

Schloss, Hörsaal S 10, Schlossplatz 2, Münster

Dr. des. Aysun Doğmuş, Westfälische Wilhelms- Universität Münster

30. Jahrestag der Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (Beijing)

Dienstag, 4. Juni 2019

GfbV-China-Veranstaltung angedacht.

Wer hat Interesse, hierzu mitzuwirken?

Das Friedensgutachten 2019

Dienstag, 4. Juni 2019

Französische Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt,
10117 Berlin-Mitte

Eine Kooperation der Evangelischen Akademie zu Berlin
mit der Evangelischen Akademie Villigst, Schwerte

Umgang mit Kriegerdenkmälern auf der Promenade in Münster

Round-Table-Gespräch (nicht-öffentlich)

Donnerstag, 6. Juni 2019, 17 - 20 Uhr

Stadthaus 2, Sitzungssaal 2.1., 11 Stock

Anfragen beim Stadtarchiv Münster, Frau Gussek, Herr Erdmann,

Tel. 492-4701, E-mail: archiv@stadt-muenster.de

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster

Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 6. Juni 2019, 19.30 Uhr

Die Brücke – International Office, Raum 107

Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),

48143 Münster

5. Nachhaltigkeitstage – Markt der Möglichkeiten

Samstag, 8. Juni 2019, 11-18 Uhr

Rathausinnenhof, Münster

www.muenster-nachhaltig.de

Pfingstmontag 2019

Ökumenisches Fest mit Markt der Möglichkeiten

Montag, 10. Juni 2019, ab 11.30 Uhr

Domplatz Münster

Seit dem Beginn im Jahr 2000 hat sich dieses Fest, das alle zwei Jahre stattfindet, zu einem kleinen ökumenischen Stadtkirchentag entwickelt.

Der Pfingstmontag 2019 (10. Juni) wird unter dem Thema stehen: „Jeder hörte sie in seiner Sprache reden“ (Apg.2, 6 b).

Der Tag beginnt mit einem Festgottesdienst aller Generationen um 11.30 Uhr; verschiedene Programm-Angebote auf der Bühne sowie im Borromaeum schließen sich an. Zwischen ca. 12.30 Uhr und 15.30 Uhr findet der Markt der Möglichkeiten statt.

Von besonderem Interesse die Projekte mit ökumenischer Dimension, z.B. die Eine-Welt-Arbeit, der faire Handel, Gemeindepartnerschaften und soziale Dienste. Darüber hinaus aber soll das breite Spektrum all der vielen Institutionen und Initiativen sichtbar werden, die sich in Münster auf sozialem und ökologischem Gebiet engagieren.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker wird auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten sein.

Planet Plastic.Erdöl.Macht.Müll!

Die neue Ausstellung von Vamos e.V.

Mittwoch, 12. Juni 2019

Ausstellungseröffnung

Volkshochschule, Forum 1, Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

37. Evangelische Kirchentag

Mittwoch bis Sonntag, 19. - 23. Juni 2019

Dortmund

Über 100.000 Menschen jeden Alters, unterschiedlicher Religionen und Herkunft werden zusammenkommen, um ein Fest des Glaubens zu feiern und über die Fragen der Zeit nachzudenken und zu diskutieren.

Eine frühzeitige Anmeldung wird empfohlen.

Alle Einzelheiten im Internet unter:

<https://www.kirchentag.de/>

Die GfbV wird in Dortmund mit einem Infostand und Aktionen beteiligt sein.

2. Berichte und Hinweise zur Menschenrechtsarbeit

Sie hatte ein großes Herz - Die Menschenrechtlerin und Märchenforscherin Dr. Ines Köhler-Zülch ist tot

Ein Nachruf

Die internationale Märchenforscherin und Menschenrechtlerin Dr. Ines Köhler-Zülch ist nach langer schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren in Göttingen gestorben. Die Mitherausgeberin der „Enzyklopädie des Märchens“, eines Projekts der Göttinger Akademie der Wissenschaften, war 32 Jahre lang Mitglied der Redaktion dieses 15-bändigen Handbuches zur vergleichenden Erzählforschung. Ihrem außerordentlichen ehrenamtlichen Engagement ist es mit zu verdanken, dass aus der 1968 gegründeten Bürgerinitiative Aktion Biafra-Hilfe die internationale Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) entstehen konnte.

Sie war klug und engagiert und selbstverständlich stand ihr Haus für jeden offen. Unzählige Gäste aus aller Welt hat sie beherbergt; oft standen mit ihrem Mann Tilman Zülch überraschend auch gleich mehrere vor ihrer Tür. Wer länger bleiben wollte oder musste, bekam den Schlüssel in die Hand gedrückt: Kurden oder assyrisch-aramäische Christen aus dem Nahen Osten, Sinti und Roma, indigene Delegierte aus Süd- und Nordamerika, Aeta aus den Philippinen, Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und viele mehr. Sie waren sofort eingeladen, fanden neben Speis und Trank und einem Platz zum Schlafen stets ein offenes Ohr für ihre bedrückenden Berichte von Folter, Verfolgung und Vertreibung. Nur wenige Wochen vor ihrem 78. Geburtstag und liebevoll umsorgt von ihrem Mann ist die Menschenrechtlerin und Märchenforscherin Dr. Ines Köhler-Zülch jetzt nach langer schwerer Krankheit in Göttingen gestorben.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat mit Ines Köhler-Zülch die "Frau der ersten Stunde" verloren. Sie hat ihrem Mann Tilman Zülch, der die Menschenrechtsorganisation vor



mehr als 50 Jahren gründete und bis Frühjahr 2017 leitete, stets den Rücken freigehalten. Als starke Wegbegleiterin unterstützte sie seine Ziele wach, kritisch und bedingungslos mit ganzer Kraft, blieb dabei jedoch bescheiden im Hintergrund. Sie sorgte in den Anfangsjahren für das Auskommen des Ehepaares, bis die GfbV zu einer bundesweit und dann auch international anerkannten Menschenrechtsorganisation herangewachsen war.

1941 in Magdeburg geboren, studierte Ines Köhler-Zülch Slavistik, Germanistik und Romanistik in Marburg und Hamburg. Nach ihrer Promotion ging sie 1974 nach Göttingen, um für die „Enzyklopädie des Märchens“ über Sprachgrenzen und Kontinente hinweg zu forschen. Hier gründete sie gleichzeitig die erste GfbV-Regionalgruppe, warb um Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Durchsetzung der Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten. Mit so großem Erfolg, dass ihr Mann schon auf ein tragfähiges Netzwerk bauen konnte, als auch er aus Hamburg in die südniedersächsische Universitätsstadt zog.

So ist es nur dem außerordentlichen Einsatz Ehrenamtlicher wie dem von Ines Köhler-Zülch zu verdanken, dass die GfbV in ihren Anfangsjahren für eine vielköpfige Delegation von Repräsentanten indianischer Volksgruppen aus allen Teilen Amerikas Vortragsreisen durch ganz Deutschland organisieren konnte. Die Berichte der Delegierten über unerträgliche Diskriminierung und schwere Menschenrechtsverletzungen stießen auf riesige Resonanz. Auch zur Organisation des dritten Welt-Roma-Kongresses 1981 in der Göttinger Stadthalle trug Ines Köhler-Zülch ganz entscheidend bei. Ihr Engagement - sei es für die Überlebenden von Völkermord in Bangladesch, Osttimor oder Guatemala, für Giftgasflüchtlinge aus dem Irak oder Vertreibungsoffer aus Bosnien - blieb bis zu ihrer schweren Erkrankung 2017 ungebrochen. Sie brachte sich bei konzentrierten Strategiediskussionen genauso ein wie bei hitzigen Diskussionen und gab wertvolle Impulse für wichtige Menschenrechtsinitiativen für bedrohte Minderheiten und Nationalitäten.

32 Jahre lang arbeitete sie in der Redaktion der Enzyklopädie des Märchens mit, einem Projekt der Göttinger Akademie der Wissenschaften. Ihre Schwerpunkte bei der historisch-vergleichenden internationalen Märchenforschung lagen in Südosteuropa, auf alten und modernen Sagen und Märchen. Sie veröffentlichte gemeinsam mit einer Kollegin nicht nur das Buch „Schneewittchen hat viele Schwestern“, sondern auch zahlreiche wissenschaftliche Schriften und Buchbeiträge. Breite öffentliche Beachtung fanden ihre historisch-kritischen Forschungen zur Walpurgisnacht. Vortragsreisen führten sie ins europäische Ausland, nach Indien, in die USA und in den Nahen Osten.

Das wissenschaftliche Engagement von Ines Köhler-Zülch hat die Enzyklopädie des Märchens so entscheidend mitgeprägt, dass sie nach ihrem Ausscheiden nicht in den verdienten Ruhestand entlassen wurde. Vielmehr wurde sie ehrenamtlich zur Mitarbeit an diesem international konzipierten Handbuch zur historischen und vergleichenden Erzählforschung verpflichtet und Mitherausgeberin der 15 Bände, die 1975 bis 2015 erschienen.

Wenn sie sich dann doch einmal mit ihrem Mann "Freizeit" gönnte, widmeten sich die beiden der blühenden Vielfalt ihres Gartens in Göttingen, durchwanderten den Harz zur Teufelsmauer oder dem Hexentanzplatz oder genossen die Seeluft auf der Nordseeinsel Amrum.

GfbV, Göttingen, den 2. Mai 2019

Dr. Ines Köhler-Zülch, geboren am 10. Juni 1941,
gestorben am 24. April 2019 in Göttingen

Gedenken an den Völkermord an den Armeniern

(Pressebericht)

„Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ hatte Adolf Hitler am 22. August 1939 gefragt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker tat genau dies auch in diesem Jahr, diesmal in Zusammenarbeit mit dem Zusammenschluss christlicher Eine-Welt-Gruppen Münsters. In Erinnerung an den 24. April 1915, den Auftakt des Völkermords, von den Armeniern auch als *Aghet* („Katastrophe“) bezeichnet, las Dr. Kajo Schukalla aus historischen Dokumenten, persönlichen Erinnerungen und auch Zeugnissen der Versöhnung.

Auf Befehl der das Osmanische Reich lenkenden jungtürkischen Bewegung wurde am 24. April 1915 die armenische politische und kulturelle Elite Istanbuls verhaftet und ins Landesinnere verschleppt, wo die meisten ermordet wurden. Dieses Geschehen markiert den Beginn des Völkermords an den Armeniern im Schatten der Ereignisse des Ersten Weltkrieges. Bis zu 1,5 Millionen Armenier, zudem auch Aramäer (Assyrer) und Pontus-Griechen, kamen in den Jahren ums Leben.

Ohne eine offizielle Anerkennung des Völkermordes durch die Türkei als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches könne es keine Versöhnung zwischen Armeniern und Türken geben, waren sich die etwa 25 Teilnehmer im anschließenden Gespräch einig. Gerade angesichts zahlreicher türkischer Schüler wäre es wichtig, das Thema bei uns auch in Schulbüchern und Curricula stärker zu verankern, forderte Schukalla. In Deutschland sei die Leugnung des Holocaust an den Juden zu Recht strafbar, in der Türkei werde die Nennung des Genozids an den Armeniern umgekehrt mit Strafe bedroht. Offiziell werde dort ein Geschichtsbild vermittelt, das diametral zur historischen Wahrheit stehe.

Israels neue Außenpolitik

Israelischer Sozialwissenschaftler Shir Hever referierte

(Bericht)

„Illiberale versus illiberale Demokratie“ lautete das Thema einer Kooperationsveranstaltung, in der israelische Sozialwissenschaftler Dr. Shir Hever über die neugeordneten außenpolitischen Beziehungen Israels berichtete. In einem Grußwort sprach Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, die schwierige Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten an und das Recht auf Existenz beider Staaten, Israels und Palästinas, und distanzierte sich scharf vom Antisemitismus.

Anschließend berichtete Dr. Shir Hever über den Wandel der israelischen Außenpolitik seit den Wahlen von 2015. Die Regierung des jetzt wiedergewählten Ministerpräsidenten Netanjahu habe seitdem die Beziehungen zu progressiv orientierten jüdischen Organisationen und Gemeinden in Nordamerika und Europa stark verringert, dagegen seien die Beziehungen zu autoritären und weit rechts stehenden Regierungen und Parteien in Ländern wie Brasilien, Ungarn, Polen, USA, Italien, Indien deutlich verbessert worden. Die neue politische Zusammenarbeit mit Vertretern selbst traditionell antisemitischer Politiker ließe sich nur durch die gegenseitigen Vorteile erklären. Während sich neuerdings Rechte, so auch die AfD, gegenüber Antisemitismus-Vorwürfen nun als Freunde Israels zu präsentieren suchten, gewänne Netanjahu neue kritiklose Unterstützer auf internationaler Ebene. Das in der Knesset 2018 verabschiedete neue „Nationalitätengesetz“, das Israel nur noch als „Nationalstaat für jüdische Menschen“ definiere und auch das Staatsmerkmal „demokratisch“ aufgegeben habe, schließe somit die Palästinenser aus. In Israel stellen diese rund 20 Prozent der Staatsbürger.

Durch eine Teilnehmerin angesprochen wurde abschließend noch die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) sehr kontrovers diskutiert. Souverän moderiert wurde die von Eine Welt Netz NRW, Eine-Welt-Forum Münster, Telgter Arbeitskreis Israel-Palästina und der Gesellschaft für bedrohte Völker Münster organisierte Veranstaltung von Rechtsanwältin Gisela Streit.

[PS. Für die GfbV-Regionalgruppe erläuterte Kajo Schukalla die Ablehnung zur BDS-Kampagne, zugleich die Notwendigkeit verstärkter Informationsarbeit über die israelische Land-, Siedlungs- und Wasserpolitik sowie über Menschenrechtsverletzungen in Israel und in Palästina.]

Westbalkan: Grenzänderungen wären gefährlich !

Leserbrief, Westfälische Nachrichten, Seite Politik

Eine Aussöhnung zwischen Serbien und Kosovo ist lange überfällig und muss auch Bedingung zu einem EU-Beitritt bleiben. Der Vorschlag, dass dazu ein Landtausch von ethnischen Minderheitsgebieten hilfreich sein könnte, wie zuletzt die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vorgetragen hat, ist äußerst gefährlich. Am Grünen Tisch gestaltete Pläne ohne Einbeziehung der Betroffenen würden nur neue Konflikte provozieren. Stattdessen müssen in beiden Ländern endlich Minderheitenschutz und Autonomierechte durchgesetzt und dauerhaft garantiert werden. Die Illusion ethnisch homogener Räume hat in der Politik immer nur für Leid gesorgt. Durch einen Tausch von Minderheitsgebieten zwischen Kosovo und Serbien dürften sich die Republika Srpska, Bestandteil von Bosnien-Herzegowina, sowie die albanische Minderheit in Mazedonien ermutigt fühlen, sich für unabhängig zu erklären oder gleich Serbien bzw. Kosovo anzuschließen. Auch weiteren umstrittenen Minderheitsgebieten in der Region drohte ein Aufleben alter Konflikte.

In den Kriegen der 1990er Jahre haben immer besonders die ethnischen Minderheiten gelitten. Auch eine Aufarbeitung der oft nur schlummernden Konflikte ist noch immer dringend nötig. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Völkermord und systematischer Vertreibungspolitik, dies öffentlich und auch in den schulischen Lehrplänen.

Dr. Kajo Schukalla

Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster

Sudan im Umbruch

Leserbrief, Westfälische Nachrichten, Seite Politik

Den Sturz des sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al Bashir haben wir in der Menschenrechtsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker zunächst mit Freude begrüßt und verfolgen mit banger Hoffnung die fortgesetzten Demonstrationen der friedlichen Protestbewegung. Das Militär hat einen Massenmörder gestürzt, dessen über eine Million (!) Opfer vor allem durch gezieltes Aushungern von Konfliktregionen starben. Die Militärregierung verweigert aber dessen Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) in Den Haag. Mit Entsetzen haben wir nun erfahren, dass General Mohammed Hamdan, genannt Hemeti, zum stellvertretenden Vorsitzenden des regierenden Militärrats ernannt wurde. Dieser General steht für Folter, Entführungen, systematische Vergewaltigungen und Morde an Zivilisten. Als Chef der berüchtigten Miliz Rapid Support Forces (RSF) und enger Bashir-Vertrauter hat er ganze Dörfer vernichten lassen. Beim Krieg und Völkermord in der Darfur-

Region war er einer der Kommandeure der Janjaweed-Reitermilizen, die seit 2003 im Westsudan über 5000 Siedlungen zerstörten und für die Vertreibung von mehr als 2,5 Millionen Menschen verantwortlich sind. Viele ehemalige Janjaweed sind heute im Sold der RSF-Truppen. Seit 2013 ist diese Miliz zudem für den Grenzschutz im Nordwest-Sudan verantwortlich und soll auch Flüchtlingen den Weg über Libyen Richtung Europa abschneiden. Nach 30 Jahren Diktatur im Sudan steht es trotz wohlklingender Versprechen der derzeitigen Militärregierung noch immer nicht gut. Auch seitens der deutschen und europäischen Politik erwarte ich mehr politischen Druck auf den Sudan und insgesamt wacheres Interesse für die Entwicklungen in Afrika.

Dr. Kajo Schukalla,

Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster

Anregung: Rathaus am Tag der Menschenrechte beflaggen!

Die GfV-Münster hat bereits zu Jahresbeginn (7.1.2019) an Oberbürgermeister und Stadtrat eine formelle „Anregung nach § 24 GO NRW“ gerichtet:

„Die Stadt Münster möge jeweils zum Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, das Rathaus / Stadtweinhaus tagsüber mit Europa- und UNO-Fahne beflaggen.“

In der Begründung heißt es:

„Die Stadt Münster hat sich als Stadt des Westfälischen Friedens weltweit einen Namen gemacht und sieht sich dem Thema Frieden insgesamt verpflichtet.“

Wohl kein internationales Dokument beschreibt so eindeutig die Voraussetzungen für Frieden wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der UNO (Resolution 217 A (III)) verabschiedet wurde. (Am 10. Dezember findet traditionell auch die Verleihung des Friedensnobelpreises statt.)

Bereits die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte betont „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen“ als „die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ und stellt fest, dass „die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben“, der unausgesprochene, aber eindeutige Verweis insbesondere auf die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Mit der Beflaggung und begleitender städtischer Pressemitteilungen setzt die Stadt ein Zeichen für Frieden und auch gegen jede Form von Rassismus.

2018 wurde aus dem Anlass 70 Jahre Menschenrechtserklärung auf Vorschlag des Eine-Welt-Forums Münster am Stadtweinhaus bereits die Europafahne gehisst. Dieses öffentliche Zeichen für Frieden und Menschenrechte sollte künftig mit Europa- und UNO-Flagge in jedem Jahr stattfinden.“

Wie mir erst später bekannt wurde, geht die Initiative zur erstmaligen Beflaggung auf Helga Hendricks zurück, die dann das Eine-Welt-Forum angesprochen hatte.

Unsere Anregung wurde / wird am 13.2.2019 im Rahmen einer Berichtsvorlage im Stadtrat bekannt gegeben und geht dann zunächst zurück in die Verwaltung.

3. Ausgewählte Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Schlagabtausch bei der UN über chinesische Umerziehungslager Westliche Vertreter trotzen chinesischer Verleumdungskampagne *GfbV-Pressemitteilung vom 2.5.2019*

Am gestrigen Mittwoch berichtete Dolkun Isa für die GfbV bei den Vereinten Nationen in New York über das Schicksal von über 1,5 Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen, die von der chinesischen Regierung willkürlich in Umerziehungslager verschleppt und dort einer systematischen Gehirnwäsche unterzogen werden. Bild: GfbV 2019

Die chinesische Regierung verleumdet Menschenrechtler, die die Umerziehungslager in Xinjiang anprangern. Am gestrigen Mittwoch berichtete Dolkun Isa für die GfbV bei den Vereinten Nationen in New York über das Schicksal von über 1,5 Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen, die von der chinesischen Regierung willkürlich in Umerziehungslager verschleppt und dort einer systematischen Gehirnwäsche unterzogen werden. Als er seine Rede beendet hatte, stand ein Vertreter der chinesischen Regierung auf und beschimpfte ihn als Terroristen. Vertreter Deutschlands und der USA widersprachen.

Die chinesische Regierung nutzt jede Gelegenheit, um Menschenrechtler zu verleumden, die über die Umerziehungslager in der Region Xinjiang berichten. Das war zuletzt am gestrigen Mittwoch bei den Vereinten Nationen (UN) in New York zu beobachten: „Ein Vertreter Chinas beschimpfte unser langjähriges Mitglied Dolkun Isa öffentlich als Terroristen“, erklärte Hanno Schedler, Referent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für Genozidprävention und Schutzverantwortung, am Donnerstag in Göttingen. „Vertreter der deutschen und der US-amerikanischen Regierung widersprachen unmittelbar und verteidigten die Arbeit des uigurischen Menschenrechtlers.“

Dolkun Isa, Präsident des Weltkongresses der Uiguren, nahm für die GfbV am Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten (UNPFII) in New York teil. Er informierte in seiner Rede über das Schicksal von über 1,5 Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen, die von der chinesischen Regierung willkürlich in Umerziehungslager verschleppt und dort einer systematischen Gehirnwäsche unterzogen werden. „Alle Aspekte der uigurischen Identität werden von der chinesischen Regierung bedroht: unsere Sprache, Geschichte, Kultur und die muslimische Religion der Uiguren. Unsere Identität droht vollständig zu verschwinden“, erklärte Isa gestern in New York.

Im Mai 2018 erfuhr Dolkun Isa, dass seine eigene Mutter Ayhan Memet in einem der inzwischen 1.300 Lager verstorben war. „Über zwei Jahre hatte ich ihre Stimme nicht hören können, über 20 Jahre konnte ich sie nicht treffen“, berichtete Isa. Als er seine Rede beendet hatte, stand ein Vertreter der chinesischen Regierung auf und beschimpfte Isa als Terroristen. Vertreter Deutschlands und der USA widersprachen. „Es ist sehr wichtig, dass sich die Regierungen Deutschlands und der USA auch in New York dafür einsetzen, dass die Situation in den chinesischen Lagern bei den Vereinten Nationen thematisiert wird. Ohne den Einsatz der internationalen Gemeinschaft wird die chinesische Regierung ihren kulturellen Völkermord vollenden und weiter behaupten, bei den Lagern handele es sich um Zentren zur beruflichen Weiterbildung“, warnt GfbV-

Referent Schedler.

Die Umerziehungslager waren auch Gegenstand einer Veranstaltung beim UN-Menschenrechtsrat in Genf im März dieses Jahres. Deutschland hatte gemeinsam mit den USA, Kanada, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich einen Side Event dazu veranstaltet. Vertreter Pekings denunzierten die Veranstaltung als anti-chinesisch und versuchten, andere Staaten über diplomatischen Druck von der Teilnahme abzuhalten. (Bild: GfbV 2019)

Bundeskanzlerin Merkel in Westafrika
Dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage in Mali
GfbV-Pressemitteilung vom 2.5.2019

Die Sicherheitslage in Mali verschlechtert sich dramatisch. Vor allem die Zivilbevölkerung leidet unter wachsender politisch motivierter Gewalt. Seit Jahresbeginn sind 431 Zivilisten gewaltsam zu Tode gekommen. Im gesamten Vorjahr waren es 287. Vor diesem Hintergrund verliert die Bevölkerung das Vertrauen in die eigene Armee und die internationale Friedenstruppe MINUSMA.

Die Gewalt behindert die humanitäre Versorgung der notleidenden Menschen. Die Zahl der Binnenflüchtlinge hat sich in den letzten sechs Monaten auf nun 123.000 Menschen verdoppelt. Hunderttausende Schülerinnen und Schüler können nicht mehr zur Schule gehen.

Vor der Reise der Bundeskanzlerin nach Mali hat sich die Sicherheitslage im Land dramatisch verschlechtert. „Vor allem die Zivilbevölkerung leidet unter wachsender politisch motivierter Gewalt“, berichtet Ulrich Delius, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Die Menschen brauchen dringend besseren Schutz.“ Im Zentrum und im Norden Malis seien allein im April dieses Jahres 31 Zivilisten getötet worden, sowie 22 Armeeangehörige und zwei Blauhelmsoldaten. Damit seien seit Jahresbeginn 431 Zivilisten gewaltsam zu Tode gekommen. Im gesamten Vorjahr wurden 287 Zivilisten getötet. So viel Gewalt wie 2018 war damit seit Ausbruch der Konflikte im Jahr 2012 nicht mehr registriert worden.

Die Menschenrechtsorganisation warnt davor, die Lage in Mali weiter schönzureden: „Die Bevölkerung verliert das Vertrauen in die UN-Friedenstruppe MINUSMA und in die reguläre malische Armee. MINUSMA muss dringend gestärkt und die Ausbildung der heimischen Streitkräfte verbessert werden“, so Delius. Es sei inakzeptabel, dass die Armee die eigene Zivilbevölkerung nicht wirksam schütze – und ihr auch noch glaubhaft Morde an Zivilisten vorgeworfen würden. Die Verantwortlichen für diese Menschenrechtsverletzungen müssten endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Die Bundeswehr ist seit dem Jahr 2013 an EUTM Mali, der europäischen Ausbildungsmission für die Armee Malis beteiligt.

Die eskalierende Gewalt hat schwerwiegende Folgen für die Zivilbevölkerung, wie die GfbV berichtet. So könnten allein in der Region um die Stadt Mopti 157.000 Schülerinnen und Schüler keine Schulen mehr besuchen. In anderen Regionen seien weitere 103.000 Schülerinnen und Schüler von Schulschließungen betroffen. Die Gewalt behindere die humanitäre Versorgung der notleidenden Zivilbevölkerung zusätzlich. Nach UN-Angaben sind in Mali rund 7,2 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Zahl der Binnenflüchtlinge hat sich in den letzten sechs Monaten auf nun 123.000 Menschen verdoppelt.

Bahai'i im Jemen droht Hinrichtung
Menschenrechtler fordern Freiheit für Hamed bin Haydara
GfbV-Pressemitteilung vom 30.4.2019

Huthi im Jemen verfolgen die Bahai'i in ihrem Herrschaftsbereich systematisch – ähnlich wie der Iran, der wichtigste Bündnispartner der Huthis. Willkürliche Verhaftungen, entwürdigende Verhöre und Folter bestimmen den Lebensalltag dieser religiösen Minderheit. Bild: GfbV (2010)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) warnt vor der Hinrichtung eines führenden Bahai'i im Jemen. Ein Berufungsgericht der Huthi wird heute darüber entscheiden, ob das im Januar 2018 verhängte



Todesurteil gegen Hamed bin Haydara aufrechterhalten wird. Der Angehörige der im Jemen verfolgten religiösen Minderheit war wegen Apostasie und angeblicher Spionage verurteilt worden. „Hamed bin Haydara wird nur aus religiösen Gründen verfolgt“, erklärt Kamal Sido, GfbV-Referent für ethnische, religiöse und nationale Minderheiten. „Die Unterdrückung der Bahai'i schürt die Gewalt im Jemen und wird eine Versöhnung langfristig erschweren.“

Das Urteil gilt als richtungsweisend für das Schicksal von weiteren 25 Bahai'i im Jemen, gegen die die Behörden vergleichbare Strafverfahren eingeleitet haben. Ihnen wird vorgeworfen, einer „teuflischen Sekte“ anzugehören, die dem Islam feindlich gegenüberstehe und die Sicherheit des Landes gefährde.

Huthi im Jemen verfolgen die Bahai'i in ihrem Herrschaftsbereich systematisch – ähnlich wie der Iran, der wichtigste Bündnispartner der Huthis. Willkürliche Verhaftungen, entwürdigende Verhöre und Folter bestimmen den Lebensalltag dieser religiösen Minderheit. Auch Hamed bin Haydara erlebte diese Verfolgung, nachdem er am 3. Dezember 2013 an seinem Arbeitsplatz festgenommen wurde. Im Kofferraum eines Autos wurde er mit verbundenen Augen und in Handschellen an einen unbekannten Ort gebracht, wo er mehrere Monate festgehalten, gefoltert und verhört wurde. Erst ein Jahr später, kurz vor seinem Gerichtsverfahren, wurde er in ein reguläres Gefängnis gebracht. Das Todesurteil eines Sondergerichtes vom 2. Januar 2018 beruht ausschließlich auf religiösen Gründen.

Die Glaubensgemeinschaft der Bahai'i hat weltweit rund sieben Millionen Angehörige, davon einige tausend im Jemen. Ihre monotheistische Religion wurde im 19. Jahrhundert von Baha'ullah gegründet. Bahai'i leben vor allen in Indien, Afrika, Nord- und Südamerika und dem Iran. Obwohl sie von sich aus ein gutes Verhältnis zu anderen

Religionsgemeinschaften haben, sind sie im Iran und einigen weiteren islamisch geprägten Ländern Opfer von Diskriminierung und Verfolgung.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Kostenlose Downloads aktueller **GfbV-Dokumentationen, Reports und Memoranden** sind auf unserer Internetseite unter Online Shop möglich:

<https://www.gfbv.de/nc/de/header-menue/online-shop/>

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Die aktuelle Ausgabe:

Bildung für alle: Wege und Hindernisse

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch längst nicht jeder Mensch lernt lesen, schreiben und rechnen – geschweige denn die Grundlagen seiner eigenen Muttersprache. Gerade die Sprachen von Minderheiten, unterdrückten Nationalitäten oder indigenen Völkern sind an Schulen kaum oder gar nicht repräsentiert. Doch mit dem Verlust der eigenen Sprache droht der Verlust des Wissens um die eigene Kultur und schließlich der Verlust der kulturellen Identität. Deswegen ist es wichtig, dass (Minderheiten-)sprachunterricht Teil des Lehrplans ist. Gleichzeitig muss die Schule Kindern aber auch die Fähigkeiten an die Hand geben, in der Umgebung der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Es ist ein Balanceakt. Bei dem Streben um diese Balance wollen wir Minderheiten, unterdrückte



Nationalitäten und indigene Völker unterstützen – auch mit dieser Ausgabe.

Nummer 310

Ausgabe 01/2019

Seiten 60

Preis 4.60 Euro

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

GfbV-Zeitschrift im Abo

Wir würden uns besonders darüber freuen, wenn Sie unsere Zeitschrift regelmäßig lesen möchten: Das Abonnement umfasst sechs Ausgaben im Jahr und kostet inklusive Versand 25 Euro pro Jahr (ermäßigt 20 Euro).

Zeitschrift abonnieren oder kostenloses Probeheft anfordern unter:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Interesse am GfbV-Newsletter aus dem Bundesbüro?

<https://www.gfbv.de/de/informieren/newsletter/>



Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation

ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

50 Jahre für Menschenrechte und Minderheiten - 50 Jahre GfbV



Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE 07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Postanschrift: Markweg 38, 48147 Münster,

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlegmail.com,

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien. Irak, Türkei

(deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)

Tel. 0162-9789237,

E-mail: lsmetleyla@web.de

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster

www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Datenschutzhinweis

Aufgrund der neuen **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** haben wir unsere Datenschutzerklärung überarbeitet. Sie findet sich auf der GfbV-Internetseite unter

<https://www.gfbv.de/de/footer-menue/ueber-uns/datenschutz/>

Wer mit der Nutzung der Adressdaten für den Versand dieser Menschenrechtsinformationen einverstanden sind, braucht nichts zu unternehmen.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an kajo.schukalla@gmail.com oder muenster@gfbv-rg.de . Ich werde dann alle Daten umgehend löschen.

Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

threatened refugees **welcome**



gesellschaft
für **bedrohte**
völker